

# Deutscher Bundestag

## Stenografischer Bericht

### 88. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 29. Januar 2004

#### Zusatztagesordnungspunkt 4:

**Aktuelle Stunde** auf Verlangen der Fraktion der SPD: **Umbau der Bundesagentur für Arbeit zu einem modernen Dienstleister**

7755 C

#### **Petra Pau (fraktionslos):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht ist Ihnen aufgefallen – vielleicht auch nicht –, dass sich die PDS im Bundestag nicht an der monatelangen Debatte beteiligt hat, die letztendlich zur Ablösung von Herrn Gerster geführt hat.

(Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Gibt es Sie eigentlich noch? Sind Sie überhaupt noch da?)

Denn es war eine Stellvertreterdebatte, in der viele ihr Süppchen gekocht haben.

Das eigentliche Problem, die Massenarbeitslosigkeit, gerät so in der Öffentlichkeit immer mehr zur Nebensache. Sie ist aber die Hauptsache für viele persönliche Erniedrigungen und gesellschaftliche Verwerfungen. Deshalb ist hier darüber zu reden.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch  
[fraktionslos])

Es kann sein, dass Abgeordnete der PDS öfter mit Arbeitslosen zu tun haben als manch andere.

(Wolfgang Meckelburg [CDU/CSU]: Ihr seid ja auch nur zwei! Das ist klar!)

Das liegt dann allerdings am Selbstverständnis der Parteien. Jedenfalls weiß ich aus Erfahrung, was die Agenda 2010, die Hartz-Gesetze und die so genannte Reform der Bundesagentur für Arbeit für die wirklich Betroffenen, die Arbeitslosen, bedeutet. Ihnen wird nicht geholfen. Sie werden vielmehr für eine falsche Steuer- und Arbeitsmarktpolitik in Haft genommen.

Ich möchte Ihnen das an zwei Beispielen aus meinem Bekanntenkreis illustrieren:

Erstes Beispiel. Ein Ingenieur, inzwischen langzeitarbeitslos, bekam vom Arbeitsamt ein Schreiben. Darin wurde ihm gedroht, er habe gefälligst auch Minijobs anzunehmen; ansonsten würden ihm alle Hilfen gestrichen. Er schrieb zurück: „Bitte nennen Sie mir Minijobs, die ich annehmen soll!“ Er wollte solche auch sofort annehmen. Auf eine Antwort wartet er bis heute vergebens.

Zweites Beispiel. Eine Nachbarin von mir ist arbeitslos, ebenfalls seit Jahren. Durch die Agenda 2010 sinken ihre monatlichen Bezüge auf weniger als 400 Euro – zu viel zum Sterben, aber viel zu wenig zum Leben. Nun hat sie die Chance auf einen „Miniminijob“: ganze drei Stunden in der Woche.

Sie meldete das pflichtgemäß dem Arbeitsamt. Das Einzige, was ihr zuteil wurde: ein Berg Formulare, damit sie am Ende der Woche diese drei Stunden beim Arbeitsamt minutiös abrechnet.

Herr Gerster war auserkoren, um all das durchzusetzen. Er sei der Beste, meinte Minister Clement bis zuletzt. Deshalb ist es müßig, über richtige oder gefällige Beraterverträge zu streiten. Gerster hat eine falsche Politik exekutiert: eine Politik, die Arbeitslose und nicht die Arbeitslosigkeit bekämpft. Rot-Grün nennt das Reform. Der Opposition zur Rechten geht das Ganze nicht weit genug. Die hohe Arbeitslosigkeit muss aber endlich als strukturelles und anhaltendes Problem begriffen werden. Ihr ist weder durch statistische Tricks noch durch Konjunkturgebete beizukommen. Die Aufgabe von progressiver Politik wäre es, nicht dem Markt zu gehorchen, sondern eine Richtung vorzugeben.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch  
[fraktionslos])

Noch ein letztes Wort. Über Ablösesummen und Übergangsgelder wird in der Öffentlichkeit viel geredet. Da geht es um 60 Millionen Euro und mehr für außergewöhnliche Leistungen, wie gesagt wird. Man muss als Arbeitsloser 60 000 Jahre alt werden, um mit Herrn Ackermann und Herrn Gerster gleichzuziehen. Wer bundesdurchschnittlich arbeitet, braucht mehr als 3 000 Jahre, um ähnlich viel zu verdienen. Das ist fürwahr außergewöhnlich, allerdings nicht die Leistung!

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch  
[fraktionslos])